

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementpreis für den Monat (bei Haus 2 RM, halbmöndlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Oberbühnenstr. 2 / Fernsprechnummer 17 239 / Postfach Dresden Nr. 13 353, Emil Schlegel  
Eigentümer: Dresden-Alt. Oberbühnenstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 239 / Druckerschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang      Sonnabend, den 22. Januar 1927      Nummer 18

## Der Kurs nach rechts

Vor dem schwarz-weiß-roten Kabinett der Republik — Das Zentrum in der Hindenburgfront

### Hindenburgs Bürgerblut

Nachdem das Schwer- und Finanzkapital in dreijähriger, väter Arbeit seine wirtschaftlichen Machtpositionen auf Kosten der Arbeiterschaft befestigt hat, glaubt es sich stark genug, um auch auf politischem Gebiet zum entscheidenden Schloß auszuholen. Der Rücksichtnahme auf die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Führer ist man in diesen Kreisen längst müde. Dazu fordert der Großgrundbesitz, dem man an Zollserhöhungen und Steuererleichterungen alles bewilligt hat, was er verlangt, nun auch die einflußreichsten Posten im Staats- und Verwaltungsapparat. Vor einem Jahre glaubten die Deutschnationale und Volkspartei ihr Ziel am besten durch einen Vorstoß in Preußen erreichen zu können. Dant der wachsenden und richtigen Haltung der Kommunisten wurde das verhindert. Inzwischen haben die beiden Rechtsparteien ihre Taktik insofern geändert, als sie den Eintritt der Deutschnationalen zuerst in die Reichsregierung erzwingen wollen, um dann erst in Preußen die Konsequenzen aus dieser veränderten Lage zu ziehen. Im Reich haben sie dabei den Vorteil, über einen Bundesgesetzgeber zu verfügen, der schon an sich wegen seiner verfassungsmäßigen Sonderstellung dabei gute Dienste leisten kann und der bei seiner selbstherrlichen Erweiterung seiner Rechte noch mehr zu leisten vermag. Dieser Bundesgesetzgeber ist der republikanische Reichspräsident von Hindenburg!

Selbst den faktenhaftesten bürgerlichen Wählern merkt man das Erstaunen an, daß der „Euzügler“ Herr Hindenburg, diese „Reinheit“ in der an Verfassungsbrechern nicht atmen Geschichte der deutschen Republik hervorgerufen hat. Der Brief Hindenburgs an den Zentrumsmann Dr. Marx zeigt aber trotz seiner verfassungsmäßigen Ungeheuerlichkeit keineswegs nur vom juristischen Standpunkt aus bewertet werden, wie es die bürgerliche und SPD-Presse tut. Die Bedeutung dieses Briefes liegt vielmehr noch in seinem politischen Inhalt. Hindenburg, der sich schon in seinem Briefe an Laebell zur Zeit des Volksentscheids über die Fürstenernennung offen an die Spitze der monarchistischen Bewegung stellte, übernimmt durch seinen neuen Brief an Marx auch die Führung der sozialen und politischen Reaktion. Hindenburg sagt nicht nur der Arbeiterschaft Schade an, sondern setzt sich mit seinen Vorurteilen auch rücksichtslos über die Stimmungen und Wünsche des Kleinbürgertums hinweg. Die das Kleinbürgertum vertretenden sogenannten Mittelparteien sollen nach der Aufforderung Hindenburgs sich den Wünschen des Großkapitals und ihrer Parteien beugen. Hindenburg will sie zwingen, die soziale und republikanische Forderungen fallen zu lassen und zukünftig eine ausgeglichene deutschnational-volksparteiliche Politik zu betreiben. Daran sind begreiflicherweise die Demokraten und das Zentrum fast noch mehr erschrocken als die Sozialdemokraten. Hindenburg befiehlt einfach, daß Herr Laebell als Reichswehrminister zu bleiben hat, trotzdem die Demokratische Partei gerade jetzt von ihrem „Parteilosen“ Gehör durch die Billigung des Reichshofbeschlusses einen Schlag vor den Kopf erhalten hat. Aber die tägliche Rundschau erklärt sofort im Namen Hindenburgs wie Stresemanns, daß die Demokraten sowie in der Bürgerblockregierung entscheidend seien.

In eine viel schwierigeren Situation wird dagegen das Zentrum versetzt, das bisher mit Rücksicht auf seine Wähler und gewerkschaftlichen Angehörigen auf eine Politik der sozialen und politischen Verschleierungskünste Wert legen mußte. Hindenburg hat mit einem brutalen Aufbruch das Zentrum vor die Frage der klaren Entscheidung gestellt. Er möchte dabei nicht einmal die üblichen parlamentarischen Formen; sein Brief an Marx war früher in den Händen seiner deutschnationalen Ratgeber und Freunde, als in denen des eigentlichen Empfinders und des Zentrums. Vielleicht glaubte Hindenburg so sofort vorgehen zu können, weil er meinte, daß der sozialdemokratische Flügel des Zentrums sich selbst seit langem nach einer offenen Großbürgerpolitik sehnte. Demokratische Zeitungen behaupten, daß der Reichswehrminister Brauns Hindenburg zur Erzeugung einer Rechtsregierung geraten und den Brief Hindenburgs an Marx selbst entworfen habe. Die Arbeiter-Abgeordneten des Zentrums werden zugleich eingeschüchtert durch die Androhung des § 48 und der Durchführung der Neuwahlen durch eine Regierung des Belagerungscharakters. Die Zentrumsführung sucht durch Aufstellung von Nichtkandidaten Zeit zu gewinnen und den zu erwartenden Proteststurm der Zentrumswahlberechtigten durch ein beruhigendes Manifest aufzuhalten. Schon die nächste Zeit wird zeigen, ob diese Zentrumswahlberechtigten, die sich bereits während des Volksentscheids in großer Zahl gegen ihre

### Marx bei der Kabinettsbildung

Das Manifest des Zentrums

Berlin, 22. Januar. (Telefon.)

Künftig wird gemeldet: Reichsfinanzminister Dr. Marx begab sich heute vormittag zum Herrn Reichspräsidenten, berichtete über die gestrigen Beschlüsse der Zentrumsfraktion und erklärte, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten zur Regierungsbildung übernehme. Marx wird bereits heute seine Besprechungen mit den Führern der künftigen Regierungsparteien aufnehmen.

Der Brief Hindenburgs an Marx wird in der gesamten Presse lebhaft diskutiert. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat gestern nachmittag in einer Fraktionssitzung zu diesem Brief Stellung genommen. Das Ergebnis dieser Sitzung war ein Manifest, das heute morgen in großer Aufmachung von der gesamten bürgerlichen Presse wiedergegeben wird. Das Manifest, zu dessen Verfassen außer Brauns und Laebell auch der Reichsbannerführer Herr Josef Wirth gehört, ist ein mit Phrasen verpacktes Schamprogramm und zeigt, daß der Hauptkampf im Lager der Bourgeoisfraktionen um die Regierungsbildung gegenwärtig in der Stellung zur Reichswehr ausgefochten wird. Das Manifest ist deshalb besonders bemerkt, die Zentrumsfraktion in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen als den besten Hort des Reichswehrgedankens und der Reichswehr überhaupt hinzustellen. Das ist bezeichnend für die republikanische Gesinnung des Zentrums und ihres Führers Wirth, der eine führende Rolle im Reichsbanner einnimmt. Das Manifest des Zentrums zeigt die Bereitwilligkeit der Zentrumsfraktion, dem Auftrag Hindenburgs nachzukommen und nach seinem Willen den Bürgerblock zu bilden. Es offenbart aber zugleich auch auf neue die Doppelmoralität dieser Partei, die nach vor einer Woche erklärte, für sie käme eine Verbindung mit den Deutschnationalen auf keinen Fall in Frage. Das Zentrum dürfte außer den unmittelbaren Konsequenzen bei der Regierungsbildung als weiteren Kaufpreis für die Unterfertigung eines Reaktionskabinetts nach den Wünschen

Hindenburgs auch bezüglich des Konfordsats gewisse Zusagen erhalten haben. Noch läßt sich etwas Genaueres über diese Zusicherungen an das Zentrum nicht sagen. Der Sozialdemokrat behauptet zwar, daß die Deutschnationalen eine Verbindung mit dem Zentrum gesucht hätten, um mit ihm über die Konfordsatsfrage zu verhandeln. Aber die Meldungen im Ausland über die Rede Hindenburgs bestätigen die Behauptung. Die römische Presse kann sich gar nicht genug tun in begeisterter Zustimmung zu dem Briefe Hindenburgs. Das zeigt von einem sehr engen Zusammenarbeiten der Führer in Rom mit dem evangelischen Hauptquartier in Hindenburglande. Dem Manifest des Zentrums ist das sozialpolitische Programm des Zentrums angehängt. Aus ihm ist klar ersichtlich, daß sich die Zentrumsführer alle Mühe gegeben haben, ihre Erklärung zur Unterstützung des Reaktionskabinetts mit sozialen und sozialen Fragen anzupacken. Trotz aller Verschleierungskünste zeigt der Inhalt dieses Sozialprogramms jedoch, der lesen kann, wohin die Reise gehen soll. Der wirkliche Inhalt ist ein reaktionärer, der durchaus dem Sinne der Volkspartei und der Deutschnationalen entspricht. Unverkennbar kommt das Bestreben zur imperialistischen und antisozialistischen Außenpolitik zum Ausdruck. Durch einen neuen Wahlrechtsraub soll zunächst die „gehellte Verfassung“ abgeändert und das Vorkriegsrecht durchgesetzt werden. Den Erwerbslosen soll jede Hilfe verweigert und die Rieten um 30-40 Prozent erhöht werden. Selbstverständlich fehlt in diesem Programm auch nicht die Aufhebung des Mietrechts.

Das Manifest des Zentrums läßt bereits erkennen, wohin die Politik des Bürgerblocks führen wird, der nunmehr einen neuen scharfen Kurs der Reaktion einleitet. Der deutschen Arbeiterschaft drohen die ernstesten Gefahren. Jetzt ist es notwendig, daß die Betriebe aufmarschieren, die Gewerkschaften alle ihre Kräfte einsetzen, um die Bildung des Bürgerblocks, der unmittelbar vor seiner Verwirklichung steht, zu verhindern.

Parteilosigkeit wandten, diesen Wandern folgen und die Bildung einer Bürgerblockregierung ruhig dulden werden.

Fast noch klüger in die Haltung der Sozialdemokratie. Bis in die letzten Tage hinein wogte die SPD-Führung ihre Anhänger in der Illusion, daß eine monarchistische Reaktionsregierung in Deutschland absolut ausgeschlossen sei. Die SPD-Führer nährten sogar die Hoffnung ihres eigenen Eintritts in die Regierung und der Möglichkeit der Großen Koalition. Aus den Träumereien über die Bedeutung der Silberberg-Rede ist die SPD durch den Hindenburgbrief jäh aufgeschreckt worden. Die sozialdemokratische Presse schreibt jetzt viel über Verfassungsverbruch durch Hindenburg und über die unerträglichen Kaufgeschäfte der Junker und Industriellen. Aber die SPD sollte sich lieber erinnern an die Warnungen, die die kommunistische Partei schon im Winter 1918/19 aussprach: die Niederwerfung der revolutionären Arbeiter mit Hilfe der SPD war notwendigster Weg zum vollen Sieg der Kapitalistenklasse und zur Ausschaltung der SPD führen.

Trotz der Offensive Hindenburgs und der verhängnisvollen Fehler der SPD ist die Sache der Arbeiterschaft keineswegs verloren, die Bildung des Bürgerblocks keineswegs unvermeidlich. Als Curtius im Auftrag Hindenburgs die ersten Schritte für eine Bürgerblockregierung ausstreckte, betraf er die Vertreter der Gewerkschaften zu sich. Er anerkannte damit die Bedeutung des Einflusses, der der Arbeiterschaft bei jeder Regierungsbildung zukommt. Wenn die Gewerkschaften zusammen mit der SPD und der KPD die Massen zum Protest gegen den kommen-

den Bürgerblock außerparlamentarisch mobilisieren würden, dann wäre die bürgerliche Reaktionsregierung unmöglich. Der Reichstagsrat der Werktätigen hat ein klar umrissenes Programm auch zur Regierungsfrage aufgestellt und die Voraussetzungen für die Schaffung einer Regierung der Werktätigen, einer Arbeiter- und Bauernregierung aufgestellt. Die Sozialdemokratie, die heute nicht einmal den Mut aufbringt, die Aufhebung des Reichstages und Neuwahlen zu fordern, muß von ihren eigenen Anhängern gezwungen werden, zu diesem Programm und zu diesen Auffassungen des Reichstagsrates Stellung zu nehmen.

Die kommunistische Partei wird alles tun, um die Massen über die Bedeutung eines Bürgerblocks aufzuklären und die Massen im außerparlamentarischen Kampfe gegen diese Regierung sammeln unter den Losungen:

Auflösung des Reichstages und Neuwahlen!  
Her mit der Regierung der Werktätigen, der Arbeiter- und Bauernregierung!

### Die Fiskalen sollen weiter flehen

Am Schluß der Plenarsitzung des Reichstages beantragte Genosse Kreuzburg namens der kommunistischen Fraktion die Verichterstattung aus dem Reichsausschuß über die kommunistischen Anträge in der Fürstenfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Trotz der 14 1/2 Millionen Stimmen für die Fürstenernennung im Volksentscheid haben die Landesregierungen nach dem vollständigen Verlegen der Reichsregierung und des Reichstages den Fürsten Millionen und aber Millionen in den Taschen geworfen. Damit nicht genug, daß wie in Thüringen, Fiskus Millionen aus dem Volkswallett holen, muß man leben, daß nach wie vor Fiskus und Fürstentum, falsche und richtige, in Deutschland herumreisen und monarchistische Reden halten. Bereits vor Weihnachten hat deshalb die kommunistische Fraktion neue Anträge in der Fürstenfrage eingebracht die die Verstaatlichung im Reichsausschuß passiert haben. Wochen sind seitdem verstrichen, ohne daß ein Bericht aus dem Reichsausschuß dem Plenum erstattet wurde. Es wäre deshalb dringend notwendig gewesen, daß jetzt nach Zusammentritt des Reichstages das Verbot nachgeholt und endlich die Maßnahmen getroffen werden, um dem Treiben der fürstlichen Räuber ein Ende zu machen. Die Mehrheit des Reichstages will das nicht. Sie lehnte den Antrag des Genossen Kreuzburg gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ab. Die Fiskalen dürfen also weiter flehen.

### Ein neues Opfer Niedners

Beispiel, 22. Januar. (Eigener Drahtbericht.)  
Wohin fällt die Niednerschick wieder ein brutales Klassenverbrechen. Der Genosse Kertl aus dem Bezirk Stenoburg wurde wegen Hochverratsverbrechens und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Grund ist, daß er diesem Genossen gelangen war, 1923 durch Zufall die Schlüssel in einem Waffenschloß zu überreichen, so durch einen Scherenschnitt in die Nacht zu treiben und so diesen Reaktionshaken 280 Handgranaten abzunehmen. Deswegen wird er jetzt wegen Hochverrats verurteilt.